



Julia Kappel-Gnirs, Am Waldfeld 11, 65812 Bad Soden, Fraktionsvorsitzende

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Helmut Witt
Rathaus

65812 Bad Soden

1

30.05.2018

Antrag

Sicherung Wasserversorgung/B-Planverfahren Burgberg, Sinai II und III

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten, folgenden Antrag in die nächste Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen:

Magistrat und Verwaltung werden aufgefordert, im Rahmen der laufenden B-Planverfahren Burgberg und Sinai II und III verbindlich prüfen und feststellen zu lassen, dass die Wasser- und Abwasserversorgung in der Stadt durch die Erschließung der im Rahmen B-Pläne möglichen und vorgesehenen zusätzlichen Bebauung wie seither gewährleistet ist. Hierzu ist im zuständigen Bauausschuss sachverständigenseits mit einer ggf. erforderlichen Kalkulation zusätzlicher Infrastrukturkosten, die nicht auf die Anlieger umgelegt werden können, zu berichten. Bis dahin sind sämtliche weiteren, kostenauslösenden Maßnahmen im Rahmen der B-Planverfahren zurückzustellen.

Begründung:

Sowohl in den neu zu erschließenden B-Plangebieten Sinai II und III, als auch im B-Plangebiet Burgberg ist der Neubau einer Vielzahl von Wohneinheiten, im ersteren Fall auch großer Gewerbeeinheiten geplant. Bereits heute führte und führt die Ausweitung der Wohngebiete zu erheblichen Zusatzbelastungen der Wasser- und Abwassersystems, welche durch die extreme Ausweitung der Bebauung am Sinai und der vorgesehenen Verdichtung am Burgberg verstärkt werden dürften. Erinnert wird an die Zusatzbelastungen des Hauptabwasserkanals untere Hauptstraße durch die Erschließung des Baugebietes Hangelstein und die bei Starkregen verursachten Überschwemmungen im Dorfkern als „Sammelstelle“. Ähnliches könnte sich in der Kernstadt ereignen. Darüber hinaus ist fraglich, ob der seitherige Wasserdruck ausreicht, die Versorgung mit Brauch- und Trinkwasser zu gewährleisten. Sollten die seitherige zentrale Infrastruktur der Hauptleitungen diesen Zusatzbelastungen nicht genügen, ist hier – ohne zusätzlichen Aufwand – mit Einschränkungen und Gefährdungen der mindestens umliegenden Wohneinheiten- zu rechnen. In diesem Fall

müsste aber der zusätzliche erforderliche finanzielle Aufwand für Erweiterungen des Rohrleitungs- und Kanalsystems feststehen und in die Gesamtplanungen einbezogen werden.

BSB-Fraktion


Julia Kappel-Gnirs
Fraktionsvorsitzende